

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

Für eine parteiübergreifende Aufarbeitung der deutschen Russlandpolitik jetzt!

Wie konnte es zu einer der größten deutschen außenpolitischen Fehleinschätzungen - der deutschen Russlandpolitik der letzten Jahrzehnte - kommen, die wir spätestens seit dem 24. Februar 2022 mit dem Beginn des russischen Angriffskriegs auf die gesamte Ukraine erlebt haben?

Die Mitglieder der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag werden aufgerufen, sich fraktionsübergreifend für eine unabhängige Enquete-Kommission aus Fachleuten einzusetzen, um die deutsche Russlandpolitik seit Beginn der Präsidentschaft Wladimir Putins im Jahr 1999 historisch und systematisch aufzuarbeiten. Im Kern geht es darum, Faktoren und Strukturen zu identifizieren, die zur gescheiterten deutschen Russlandpolitik beigetragen haben, um ähnliche strategische Fehler im Umgang mit autoritären Staaten, wie etwa der Volksrepublik China, in Zukunft zu vermeiden. Daher geht es unter anderem um folgende Fragen:

- Wie konnte es zur sicherheitspolitischen Fehleinschätzung kommen, dass Russland unter Wladimir Putin keine direkte militärische Bedrohung für Deutschland und Europa darstellen würde? Wieso wurde ein Umdenken nicht spätestens ab dem Jahr 2014 mit der völkerrechtswidrigen russischen Annexion der Krim eingeleitet? Wieso gab es nie robuste Reaktionen auf Russlands Aggressionen gegenüber Deutschland und Europa (Cyberattacken, Spionage, Mordanschläge, Destabilisierungsversuche)?
- Wie konnte es zu den energie- und wirtschaftspolitischen Abhängigkeiten - insbesondere durch russische Rohstoffimporte (Gas, Kohle, Öl) - kommen, ohne dass auf die Gefahren für Deutschland ausreichend Rücksicht genommen wurde? Wie konnte es dazu kommen, dass Deutschland sogar strategische Infrastruktur (z.B. Gasspeicher) an Russland verkauft hat? Warum wurden die Vorteile des wirtschaftlichen Austausches mit Russland lange überschätzt ("Wandel durch Handel bzw. Annäherung")?
- Wieso wurden die Warnungen unserer mittel- und osteuropäischer Partner - immerhin die eigentlichen Nachbarn Russlands - nicht ernst genommen? Wieso hat die zunehmende Autokratisierung, die damit einhergehende Unterdrückung und Verfolgung der demokratischen Opposition und Zivilgesellschaft, und die systematische Einschränkung der Menschenrechte in Russland nicht zu einem grundlegenden Umdenken der deutschen Russlandpolitik geführt?
- Warum verfangen und verfangen noch immer viele russischen Desinformationskampagnen in bestimmten Teilen der deutschen Gesellschaft? Warum gelang es der russischen Regierung, ungestört pro-russische Netzwerke und gefährliche Abhängigkeiten in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Deutschlands aufzubauen? Welche Rolle hat die deutsche Wirtschaft in der deutschen Russlandpolitik gespielt und inwiefern haben deutsche Unternehmen dazu beigetragen, Deutschland in

gefährliche Abhängigkeiten zu treiben?

- Warum haben wir auf Russlands wachsende schädliche Einflüsse im Globalen Süden keine strategischen Antworten gefunden?

Diese und weitere Aspekte müssen systematisch aufgearbeitet werden, um derartige katastrophale Fehler zukünftig zu vermeiden und weiteren Schaden vom Land und Europa insgesamt abzuwenden. Die Enquete-Kommission soll aktiv von allen relevanten Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern in ihrer Arbeit unterstützt werden und notwendige Dokumente aus den Ministerien erhalten.

Mit den Ergebnissen der Enquete-Kommission muss transparent umgegangen werden. Sie müssen der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden.

Begründung

In der Vergangenheit hat die deutsche Russlandpolitik nahezu parteiübergreifend und trotz zunehmender Autokratisierung in Russland und wiederholter russischer Aggressionen gegenüber seinen Nachbarn und Europa auf einen kooperativen Ansatz, insbesondere in der Energie- und Wirtschaftspolitik, mit Russland gesetzt. Dieser Ansatz lässt sich nicht anders als einen gravierenden Realitätsverlust der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik bezeichnen. Er ging auch oft auf Kosten unserer mittel- und osteuropäischen Partner. Die sechs Prinzipien - Russland zuerst; Wandel durch Handel bzw. Annäherung; Interdependenz und Verflechtung als Garantie für Frieden; Sicherheit in Europa ist nur mit, nicht gegen Russland möglich; Wirtschaft vor Geo- und Sicherheitspolitik sowie Historische Verantwortung verbietet Russland-Kritik - waren Teile der deutschen außenpolitischen DNA und bis etwa 1990 bzw. in die frühen 2000er Jahre auch durchaus berechtigt und begründbar. Die verfehlte Russlandpolitik gipfelte jedoch im deutsch-russischen Baubeschluss von „Nord Stream 2“ **nach** der Annexion der Krim durch Russland sowie mit Beginn des Krieges im Donbass im Jahr 2014. Obwohl das Vertrauen in die deutsch-russischen Beziehungen spätestens seit der Annexion der Krim 2014 und dem Krieg in der Ostukraine massiv erschüttert wurde und Putin Deutschland und die EU als Gegner definierte, hat die Regierung unter Kanzlerin Angela Merkel die energiepolitische Abhängigkeit von Russland weiter erhöht. Aufgrund zurückhaltender Reaktionen auf ihre Provokationen fühlten sich die Machthaber in Moskau zu weiteren Aggressionen ermutigt.

Zahlreiche Politikerinnen und Politiker stellten zwar öffentlich fest, sich in ihren Grundannahmen bezüglich der russischen Ziele getäuscht zu haben und bezeichneten ihre Politik der vergangenen Jahre als Fehler. Diese Einsicht ist zu begrüßen. Das reicht aber nicht aus, denn die Aufarbeitung der deutschen Russlandpolitik verdient einen öffentlichen, transparenten und systematischen Prozess. Der Deutsche Bundestag ist dafür der richtige Ort begleitet von einer Enquete-Kommission. Wir sollten diesem Politikwandel systematisch einen Raum geben und ihm gebührenden Respekt und inhaltlichen Aufwand zollen. Es geht hier nicht um eine Art „Tribunal“ für einzelne Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger der letzten Jahrzehnte. Vielmehr geht es um die umfassende systematische Aufarbeitung der deutschen Russlandpolitik, denn derartige politische Fehler im Umgang mit autoritären Staaten dürfen sich nicht wiederholen.

Die Enquete-Kommission soll dabei helfen, aus den vergangenen Entwicklungen zu lernen und Lehren für die Zukunft zu ziehen. Dies kann die Grundlage für eine realistische und zeitgemäße Russlandpolitik bilden und sollte Basis dafür sein, neue Leitlinien für den Umgang mit Russland und anderen autokratischen Regimen auszuarbeiten. Bei der Entwicklung einer neuen Russlandstrategie sollten auch die Teile der russischen Eliten, Gesellschaft und Diaspora, die gegen den Krieg sind, angehört und integriert werden. Auch eine neue Osteuropapolitik, die sich durch stärkere Anerkennung und Annäherung kennzeichnet, kann die Lehre einer solchen Enquete-Kommission sein. Diese ist essentiell, um unsere eigene Sicherheit, Frieden und Wohlstand für die nächsten Generationen in Deutschland und Europa zu wahren.